

volkerischer ist folgende Mitteilung: „Herr Rofe ist verschiedentlich im Ruhestand beschäftigt worden; er war nicht nur Reichskommissar in Neuguinea, sondern auch eine Zeitlang Generalkonsul in Samoa und zwar zu der Zeit, als Herr Dr. Rassel Munizipalpräsident von Samoa war. Samoa war damals noch nicht aufgeteilt, sondern erstreckte sich über die gemeinsamen Regierung durch Deutschland, England und die Vereinigten Staaten. Wir glauben nun gut unterrichtet zu sein, wenn wir behaupten, daß das Zusammenwirken des deutschen Generalkonsuls Rofe und des deutschen Munizipalpräsidenten Dr. Rassel ein sehr schlechtes war, und daß Dr. Rassel die schwersten Vorwürfe gegen Rofe wegen dessen Amtsführung nach Berlin gerichtet hat. Das deutsche Auswärtige Amt hätte daraus unbedingt Veranlassung nehmen müssen, nach genauer Prüfung der Anschuldigungen entweder gegen den ungerecht denunzierten Dr. Rassel oder den schuldigen Rofe einzuschreiten. Aber seltamerweise geschah keines von beiden. Dafür aber passierte etwas, was zum mindesten den Reiz der Eigenheit für sich hat: Als Dr. Rassel nach Auflösung des samoanischen Munizipalrats nach Deutschland zurückkam, wurde ihm der Eintritt in die Kolonialabteilung, in die inzwischen Herr Rofe bereits zurückgekehrt war, verschlossen. Ueber vier Jahre wurde er vom Dienst in der Kolonialabteilung ferngehalten. Dabei erhielt er aber das volle Gehalt ausgezahlt, es wurde ihm sogar innerhalb dieser vier Jahre eine Gehaltserhöhung ausgebligt. Dieses ganz seltsame Verhalten ist nur so gut zu erklären, daß man Herrn Rofe nicht „zumuten“ wollte, in derselben Abteilung mit seinem Gegner Dr. Rassel zu arbeiten. Das wäre noch allenfalls verständlich gewesen, wenn man die Vorwürfe Dr. Rassels gegen Rofe für unbegründet hielt. Glaubte man aber an die Unschuld Roffes, so lag nichts näher als die Einleitung eines Verfahrens gegen Rassel. Daran aber dachte man auch jetzt noch nicht, sondern stellte lediglich an Dr. Rassel das Ansehen, die Anschuldigungen gegen Rofe zu revozieren. Sobald dies geschehen sei, sollte er in den Dienst der Kolonialabteilung einberufen werden — es war sogar für Herrn Dr. Rassel bereits ein Dienstraum reserviert. Dr. Rassel aber blieb fest und so blieb es beim Alten. Und seine schmerzlichen Anschuldigungen blieben selbst dann unberücksichtigt, nachdem er sich an den Reichsfänger und sogar an den Kaiser gewandt hatte. Kein Wunder! denn alle Eingaben Roffes gelangten stets an den Kolonialdirektor Stübber (merkwürdig: bei fast allen diesen Affären stößt man auf den Namen Stübber) und an den Personalsekretär v. König, die beide Roffes Angelegenheiten und Beschwerden in die Akten versenkten. Daß Dr. Rassel als Munizipalpräsident in Samoa korrekt gehandelt hat, ist — nebenbei gesagt — von dem König von Schweden, der bekanntlich als Schlichter in der Samoaangelegenheit fungierte, in vollem Maße anerkannt worden. Herr Dr. Rassel ist nach Ablauf von 4 Jahren in die preussische Verwaltung eingetreten und hat sich, soviel wir wissen, nach kurzer Zeit pensionieren lassen; Geh. Rat Rofe aber nimmt weiterhin in der Kolonialabteilung eine hervorragende Stellung ein. — Obwohl nunmehr gegen Dr. Rofe eine ganze Reihe sehr schwerer Anschuldigungen erhoben worden ist, so hört man nichts von einer Untersuchung gegen denselben; im Gegenteil, er wurde mit der Stellvertretung des Kolonialministers betraut. Kann man da noch an den Ernst der Untersuchung glauben?

Die Entlassung des Ministers von Roddielski ist nur eine Frage der Zeit. Die „Deutsche Tageszeitung“ hatte sehr stark bestritten, daß Roddielski sein Entlassungsgesuch eingereicht habe, nunmehr aber schreibt das dem Minister nachstehende Blatt: „Ein Zwang, sie (die Erklärung) zu widerrufen, lag nicht vor. Hielt man es aber für nötig, davon Mitteilung zu machen, daß der Landwirtschaftsminister in seinem Schreiben an den Reichskanzler diesen ersucht hatte, seinen Wunsch nach Entlassung dem Kaiser zu unterbreiten, so konnte man mit der Veröffentlichung warten bis zum 20. August“ usw. Am 25. August wendete sich dann die „Deutsche Tageszeitung“ nochmals gegen die wiederholte Behauptung, der Kaiser habe Herrn von Roddielski zur Einreichung seines Abchiedsgesuches aufgefordert, und schrieb dazu „zur tatsächlichen Feststellung“ folgendes: „Vermutlich liegt eine Verwechslung mit dem Schreiben des Reichskanzlers an den Landwirtschaftsminister vor, in dem dieser freilich weder zur Redenshaft noch zur Einreichung eines Entlassungsgesuches aufgefordert, sondern lediglich ersucht wurde, dem Fürsten Bilow Material zur Verfügung zu stellen, aus Grund dessen er die Haltlosigkeit der gegen Herrn von Roddielski in der Presse erhobenen Vorwürfe beweisen könnte. Daraufhin hat allerdings der Landwirtschaftsminister gebeten, seinen Wunsch nach Entlassung dem Kaiser zu unterbreiten. Es hat wahrhaftig keinen Zweck, diesen Sachverhalt, der nunmehr so gut wie festgestellt ist, zu verbunkeln.“ Hierzu schreibt die „Köln. Zeitg.“ mit Recht: „Damit ist auch nach unserer Meinung „so gut wie festgestellt.“ 1) daß der Landwirtschaftsminister in seinem Schreiben an den Reichskanzler diesen tatsächlich gebeten hat, dem Kaiser seinen Wunsch nach Entlassung zu unterbreiten, 2) daß die dementsprechende Erklärung der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 18. August nach Form wie Inhalt vollauf berechtigt war, 3) daß die Erklärung Roddielskis im „Verl. Lokalan.“ vom 19. August die öffentliche Meinung irreführend hat und führen mußte. Würdiger und wirkungsvoller als diese wichtige Mitteilung in Nebenläden der „Deutschen Tageszeitung“ zu veröffentlichen, wäre es gewesen, wenn Herr von Roddielski alsbald seine irreführende Behauptung im „Lokalanzeiger“ berichtigt und nicht geduldet hätte, daß sich im Vertrauen auf seine Worte Anschuldigungen festsetzten, die, wie er wünschte, den tatsächlichen Vorgängen nicht entsprachen.“

Der Thüringer Katholikentag fand am Sonntag, den 26. August, bei Gelegenheit des 10. Stiftungsfestes des katholischen Männervereins in Jena statt. Er verlief äußerst glänzend. Nach Beendigung des Nachmittagsgottesdienstes marschierten die Vereine, die zum Teil in sehr starken Abordnungen aus den katholischen Nachbargemeinden Erfurt, Weimar, Apolda, Weide, Neustadt a. D., Böhneck, Saalfeld, Rudolstadt und Göschwitz erschienen waren, zum „Engel“, wo die Jenaer Stadtkapelle konzertierte. Nach einer Delegiertenversammlung der Thüringer katholischen Arbeitervereine, woran sich auch einige Mit-

glieder des in Jena neugegründeten Vereins erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen beteiligten, fand die Hauptversammlung im dichtbesetzten Theateraal statt. Nachdem Herr Pfarrer Ley das Hoch auf Papst, Kaiser und Großherzog ausgebracht hatte, behandelte Herr Professor Dr. Schreiber aus Jülich das Thema: Gottesglaube, Wissenschaft und Menschenglück. Der zweite Redner, Herr Verbandssekretär Cladder aus Berlin, zeigte in anschaulicher Weise die Ursachen des sozialen Elendes in der heutigen Zeit und forderte dringend auf zur Rückkehr zum Glauben an Jesus Christus, in dem allein die Menschheit wieder gesund werden könne. — Möge diese so schön verlaufene Versammlung für die Thüringer Katholiken ein neuer Ansporn sein, trotz der hier bestehenden schwierigen Verhältnisse doch treu zum alten Glauben zu halten!

Die Konföderation der im Falle Cösar hat den evangelischen Pfarrer Grabemann in Dorfeld veranlaßt, sein Amt niederzulegen. Falls der Oberkirchenrat in Sachen Cösar der Entscheidung des westfälischen Konsistoriums beipflichten sollte, wollen noch andere liberale Geistliche Befalsens den gleichen Schritt wie Grabemann tun. — Das soll wohl zunächst eine Drohung sein. Die liberalen Geistlichen, die nicht glauben, was sie von Amts wegen zu lehren verpflichtet sind, müßten schon aus Gewissensgründen ihr Amt niederlegen.

Die 12 Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim veröffentlicht der „Vorwärts“. An eine ernsthafte Durchberatung dieser Masse ist um so weniger zu denken, als man sicher wieder die meiste Zeit zu Fäulnissen gebrauchen wird. Verschiedene Antragsteller sind mit der Tagesordnung des Parteitages nicht zufrieden. So wird von den einen verlangt, daß „Die russische Revolution und die deutsche Arbeiterbewegung“, von andern, daß die Frage „Partei und Gewerkschaften“ auf die Tagesordnung gesetzt werde. Eine Reihe von Genossen verlangt, daß die Fäulnisse in der Parteipresse „aus der Welt geschafft“ werden, weil sie die Agitation erschweren. Sehr zahlreich sind die Anträge zur Frage des Massenstreiks, der allgemein befürwortet wird. Der Versuch des Parteivorstandes in den Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern, sich an dem Streik vorbeizudrücken, hat, wie aus den Anträgen hervorgeht, vielfach stark verstimmt. Genossen in Heidelberg wünschen, daß die Agitation für die Trennung von Staat und Kirche energischer betrieben werde. Die Genossen in Kaufbeuren wollen, daß auf dem nächsten internationalen Kongresse die Ausarbeitung einer Weltsprache beantragt werde. Als solche soll die am meisten gesprochene Sprache gelten, und diese soll in den Schulen aller Länder neben der Muttersprache obligatorisch eingeführt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Der Gemeinderat von Agram hat beschlossen, an den Kaiser Franz Joseph, sobald er in Trebinje den Boden Bosniens betreten wird, eine Abordnung zu entsenden, die ihm die Bitte unterbreiten soll, daß Bosnien und die Herzegowina mit Kroatien vereinigt werden. Der Agramer Gemeinderat hat auch die kroatischen Städte aufgefordert, einen ebenselben Beschluß zu fassen. — Diese Bestrebungen der Starcevic-Partei sind begreiflich und berühren in Oesterreich gar nicht unympathisch. Aber allererste Voraussetzung der Verwirklichung dieser kroatischen Pläne ist das Ende des Dualismus, völlige Trennung des Königreiches Kroatien von Ungarn. Ueber eine Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien Herzegowina zu einem einheitlichen staatsrechtlichen Gebilde innerhalb der Monarchie läßt sich gewiß reden, aber eine Einverleibung Dalmatiens und des Okkupationsgebietes an die andere Hälfte der Monarchie wäre für Oesterreich niemals auch nur diskutierbar. Die in der Politik Kroatiens zur Zeit maßgebenden humaner Resolutionen fußt leider auf einem Boden, den man in Oesterreich niemals akzeptieren kann und auf dem die Forderung des Agramer Gemeinderates daher nicht zu verwirklichen ist. Kroatien als Teil der ungarischen Reichshälfte kann, wie die Wegnahme des kroatischen Litorale zeigt, höchstens kleiner, niemals aber größer werden.

Ueber die Ursachen des Todes des vor einigen Tagen gestorbenen früheren österreichisch-ungarischen Reichsfinanzministers von Krieghammer erhält jetzt der Pestli Zetay angeblich von einer in Hofkreisen bekannten Persönlichkeit aus Wien die Aufsehen erregende Mitteilung, Krieghammer sei nicht an Altersschwäche gestorben, wie es hieß, sondern infolge einer Angel, die er bei einer Jagd vom Prinzen Georg von Bayern, einem Enkel des Kaisers Franz Joseph, aus Versehen in die Seite gestochen erhielt.

Der IV. deutsch-böhm. Katholikentag in Eger am 2. und 3. September verspricht eine bedeutende Kundgebung des katholischen Volkes und zu einem wahren katholischen Volkstage für Westböhmen zu werden. Weit über 3000 katholische Männer haben sich angemeldet, während für die Festversammlung der katholischen Frauen am Schluß des Katholikentages auf etwa 1500 bis 2000 Teilnehmerinnen gerechnet wird. Einen regen Anteil an der Katholikentagsversammlung in Eger nimmt diesmal auch der katholische Adel in Westböhmen. Es haben sich u. a. angemeldet Fürst Alfred von Windischgrätz, Präsident des österreichischen Herrenhauses, samt Frau Fürstin, Erbprinz von Löwenstein, Erbgraf Trautmannsdorf, Fürst Ferdinand von Lobkowitz, Graf Schünburg-Berchtesgaden, Baron Jelinek und mehrere andere Herren und Damen vom Adel, ferner die Rechte von Tepl und Hohenfurth, Kanonikus Manlik-Prag als Vertreter des Kardinals Fürstbischof Frhen. v. Stebensch. Etwa 70 bis 80 Vereine mit etwa 30 Fahnen werden im Festzug vertreten sein. Die Auffahrt der katholischen deutschen Studentenverbindungen und ihre Teilnahme in Wien am Festzug wurde von der I. I. Bezirkshauptmannschaft in Rücksicht auf die alldeutschen Studenten verboten. Ein Aufruf an die Bevölkerung zur Beflaggung wurde nicht erlassen, die Massenbeteiligung des kath. Volkes soll die schönste Signatur des Katholikentages in Eger sein, dessen Besucherzahl noch von keinem der deutsch-böhmischen Katholikentage erreicht wurde. Da auch aus Böhmen und Sachsen eine stattliche Anzahl Teilnehmer am Katholikentage in Eger sich einstellen wird,

fand für dieselben eine spezielle Versammlung im Gasthaus zur Neustadt (Zunkerstraße) am Sonntag, den 2. September, abends 8 Uhr, während des Festkommerses statt, in der u. a. Wgr. Prälat Mesler aus Regensburg sprechen wird.

Tschechische Politiker und Fabrikanten treffen Mitte September in Budapest ein, um das von einigen Mitgliedern der Rostok-Partei angeregte Wirtschaftshandelsbündnis zwischen Ungarn und Tschechen gegen die Industrie Oesterreichs und Deutschlands ins Leben zu rufen. Kroatien werden die Tschechen auch besuchen und es in das Handelsbündnis einzubeziehen suchen.

Frankreich.

Vor der neuen Bischofskonferenz soll die vorbereitende Kommission, welche aus 17 Vertretern der 17 kirchlichen Provinzen zusammengesetzt ist, zu mehreren Sitzungen zusammentreten. Wie der Kultus nach dem gemeinen Recht organisiert werden soll, darüber ist man sich noch nicht klar. Mehrere Bischöfe kündigen an, daß sie die Kultushandlungen nach wie vor in den Kirchen vornehmen und nur der Gewalt weichen werden. Einige Juristen behaupten, daß man (entgegen dem Trennungsgesetz) die Möglichkeit bestehe, den Kultus öffentlich auszuüben. Diese Behauptung wird indessen noch zu erweisen sein.

Der „Observatore Romano“ befaßt sich mit den „Entschlüssen“ Pariser Blätter über die Pariser Bischofskonferenz. Er weist vor allem entschieden die Behauptung zurück, der Papst habe die Abstimmung dieser Versammlung gebilligt. Es waren 2 Fragen dem französischen Episkopat vorgelegt worden. Die eine war, ob man die Kultusgesellschaften, so wie sie sich im Trennungsgesetz finden, annehmen könne. Auf diese Frage lautete die fast einstimmige Antwort verneinend. Aber an die erste Frage schloß sich die zweite an: Wie können die Kultusgesellschaften ersetzt werden? Von dieser spricht der Papst in seiner Enzyklika nicht, wie jetzt auch der „Observatore Romano“ feststellt. Die Bischöfe schlugen hier verschiedene Lösungen als Berater vor, der Papst fällt den Entscheid. Die Blockpresse hat ein neues Mittel gefunden, um die Niederlage der Regierung zu verdecken. Dem Vatikan soll eine Schlappe dadurch bereitet werden, daß die Bischöfe Zugeständnisse von der Regierung erhalten. Die Blindheit der Vlocards übersteigt alle Grenzen, denn es liegt ja wieder ganz an der Entscheidung des Papstes, ob diese Konzessionen genügen. Es läßt sich übrigens nicht leugnen, daß das Argument der Enzyklika, eine loyale Trennung, etwas wie in Brasilien oder in den Vereinigten Staaten, könne angenommen werden, seine Wirkung auch nicht bei den Vlocards verfehlt. Es sind mehrere da, die eine solche Trennung lieber sehen würden; sie fürchten sich aber vor den Freimaurer-Kämpfungen.

Spanien.

Eine strenge Zensur ist über die Telegramme aus Santander und Bilbao, wo der Ausstand erheblich zugenommen hat, verhängt worden. Aus allen benachbarten Provinzen sind Truppen aufgeboten worden. Die Militärbehörde hat energische Maßnahmen getroffen, um jede revolutionäre Bewegung zu unterdrücken. In Bilbao kommt das Geschäftleben allmählich wieder in Gang. Die Hochseifen in Biscaja scheinen von dem Ausstand nicht übermäßig in Mitleidenschaft gezogen zu sein.

Rußland.

Die fremden Konsulate in Gefahr? Londoner Berichten, sowie die Reuter-Korrespondenz berichten aus Odessa die Absicht der russischen Anarchisten, alle ausländischen Konsulate anzugreifen, um auf diese Weise der Regierung Schwierigkeiten in ihren Beziehungen zu dem Auslande zu schaffen. Ein Mitglied der politischen Polizei erklärte, diesem Plan sei zwar keine besondere Glaubwürdigkeit beizumessen, aber es sei andererseits in den augenblicklichen Verhältnissen alles möglich. Der äußerste Flügel der sozialistischen Aufständischen sei zu allem fähig und der Plan sei vermutlich von deutschen Anarchisten ausgegangen. Falls sich diese Ansicht bestätige und falls man wirklich an die Durchführung des Planes dachte, werde man damit zu rechnen haben, daß die deutschen Konsulate zuerst angegriffen werden würden. Die Konsulate in Odessa haben Polizeiwachen erhalten. — Ein kaiserlicher Ukas verlängert die Wirkung der bestehenden Befehle, betreffend den Schutz der öffentlichen Sicherheit und den verstärkten außerordentlichen Schutz auf die Dauer eines Jahres. Ein zweiter Ukas bevollmächtigt den Finanzminister, zur Deckung der Ausgaben für die Unterstützung der von Mißernte betroffenen Bezirke eine vierprozentige Rente im normalen Betrage von 50 Millionen Rubel auszugeben. — Es hat sich eine neue nationale Partei gebildet, die nach ihrem Programm eine Mittelstellung zwischen dem Zentrum und der Rechten einnimmt und die gesetzgeberischen Rechte der Volksvertretung anerkennt. Sie vertritt die Gleichberechtigung der Nationalitäten und fordert die Einschränkung der politischen Rechte der Juden und Erhebung der Wehrpflicht der Juden durch eine Steuer. — Von 8 Mill. Dessjätinen Land, das dem Kpanagenreiffort gehört, darunter 5 Millionen Dessjätinen Wald, werden nach einem Ukas vom 25. d. M. zum Verkauf an Bauern durch Vermittelung der Bauernagrarbank über 1 800 000, größtenteils in den Gouvernements Samara, Sajatow und Simbirsk gelegen, angewiesen. — Der Ministeratrat hat beschlossen, daß die Ministerien und die verschiedenen Departements ihre Etats der Duma und dem Reichsrat zum 5. März 1907, der Finanzminister zu demselben Termin auch das Staatsbudget vorlegen sollen. Bis zur Bewilligung des neuen Budgets soll dasjenige für 1906 Geltung behalten. Den verschiedenen Departements werden provisorische Kredite angewiesen werden. — Gestern hat Stolypin zum ersten Male nach der Katastrophe dem Zaren einen stundenlangen Vortrag gehalten, wobei er ihm die Zwecklosigkeit einer Militärdiktatur und die Notwendigkeit sofortiger liberaler Reformen dargelegt haben soll. Allerdings hat Stolypin zugleich den Wunsch nach baldigem Rücktritt geäußert, was beim Zaren auf Widerstand gestoßen sein soll. Immerhin rechnen sonst auf unterrichtete Kreise mit dem Rücktritt Stolypins. In diesem Falle, heißt es, werde der Ackerbauminister Wassilitschikow zum Ministerpräsidenten und der jetzige Ministergehilfe Natarow zum Minister des Innern ernannt werden. — In einem Bombenlager in Riga